Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inl.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 312. Mittwoch den 8. November 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Vermiethung in der Fleischhalle am Hospitalplatz.

In obiger Fleischhalle sollen die **Abtheilungen Nr. 8, 11, 22, 28 und 31 sofort, Nr. 2 vom 28. d. M.** an gegen **einmonatliche Kündigung Sonnabend den 18. d. M., Vormittags 11 Uhr,** auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, an die **Meistbietenden anderweit vermiethet** werden.

Die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen liegen ebendaselbst auf dem großen Saale schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 3. November 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stiß.

Korbweiden-Verpachtung.

Die zum Burgauer Revier gehörigen Weidenanlagen hinter der sogenannten Leidenroth'schen Ziegelei und der Vogelwiese, in der Nähe des neuen Schützenhauses, sollen

Montag, den 13. November 1882,
Vormittags 10 Uhr

parcellenweise an den Meistbietenden unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen und gegen sofortige Baarzahlung verkauft werden.

Zusammenkunft: an der Waldstraßenbrücke am Rosenthal.

Leipzig, am 6. November 1882.

Des Raths Forst-Deputation.

Auction.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen

Donnerstag, den 9. November a. c., Vormittags von 9 Uhr an

im **Stadthause** allhier (Eingang Mühlgasse Nr. 7) verschiedene Gegenstände, als: Möbel, Haus- und Küchengeräthe, Betten, Kleidungsstücke, Wäsche u. s. w. meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 30. October 1882.

Das Armenamt.
Ludwig-Wolf. Jungkänel.

Nichtamtlicher Theil.

Das neue italienische Parlament.

Die Wahlschlacht in Italien ist vorüber. Trotz des großen Lärms in den irredentistischen Blättern und der Lungenanstrengung vieler extremer Wanderredner haben die Radicalen keine nennenswerthen Erfolge errungen; ja sie sind sogar in manchen Wahlbezirken von ihren Gegnern auf das Haupt geschlagen worden. Das Cabinet Depretis und seine liberalen Anhänger können also zu dem Wahlergebnisse sich jedenfalls Glück wünschen, und das neue italienische Parlament wird, wie das frühere, über die unsinnigen Forderungen der Radicalen abermals zur Tagesordnung schreiten können.

Im Ganzen war die Wahlbetheiligung, ungeachtet der Trompetenstöße der Radicalen, eine schwache, daran mögen allerdings die Witterungsverhältnisse, zumal das Hochwasser, in vielen Gegenden Schuld gewesen sein; aber auch die eigenartigen Parteiverhältnisse trugen dazu bei, die Wahlbewegung auf ein Minimum herabzudrücken. Da in vielen Bezirken zwischen der Rechten und Linken, zwischen Gemäßigten und Fortschrittlern eine Annäherung oder geradezu ein gemeinsames Vorgehen stattgefunden, so kam es, weil die Klerikalen der Wahl sich enthalten haben, nur dort zu bedeutenderen Kämpfen, wo die Radicalen ausnahmsweise einen größeren Anhang ins Treffen zu führen vermochten.

Nach den neuesten Meldungen aus Rom soll das gesammte Wahlergebniß für die neue italienische Kammer aus 320 Anhängern des gegenwärtigen Cabinets, 40 Mitgliedern der Rechten, 58 Fusionisten, 32 Dissidenten und 40 Radicalen bestehen. Alle Cabinetsmitglieder, welche in der vorigen Kammer saßen, sind wieder gewählt. Der Ministerpräsident Depretis ist zweimal, der Arbeitsminister Baccarini dreimal, der Justizminister Zanardelli und der Unterrichtsminister Baccelli je einmal aus der Wahlurne hervorgegangen. Die ihre eigenen Ziele verfolgenden Fractionshäuptter Nicotera und Crispi sind zwar gleichfalls wiedergewählt, aber ihre Bestrebungen dürften, im Hinblicke auf die veränderte Stellung der Rechten und die große Stimmenmehrheit, über welche das Cabinet verfügt, kaum von irgend einem Erfolge begleitet sein.

Ganz ohne Skandal sind die Wahlen freilich nicht verlaufen; denn da müßten sie nicht in Italien stattgefunden haben, wo die Menge, vielmehr als anderswo, an allerlei Ungeheuerlichkeiten und tumultuarischen Auftritten Geschmack findet. So ist, wie schon hervorgehoben, in Rom der Redacteur eines obscuren Winkelblattes, das aber in den dortigen Volksschichten stark verbreitet ist, wie ein Deus ex machina aus der Wahlurne hervorgegangen, ohne daß vorher irgend Jemand von diesem „Volkscandidaten" eine Ahnung hatte. Ausschlaggebend für seine Wahl war, daß ihn die römischen Volkskreise für einen „Martire del popolo" halten, weil er in einer Osteria (Weinschänke) einen politischen Gegner durch einen Revolverschuß schwer verwundete und deshalb hinter Schloß und Riegel gesetzt ward. Dieser römische „Volksfreund" wurde indessen, den Landesgesetzen gemäß, durch die auf ihn gefallene Wahl aus dem Gefängnisse befreit, von wo er vom Volke im Triumph abgeholt und mit Fahnen und Musik als republikanisches Schaustück durch die Stadt geschleppt wurde. Man kann sich unschwer vorstellen, welche Forderungen und Reden von diesem römischen „Volksmann" in den nächsten Parlamentssitzungen zu erwarten sind.

Auch in Mailand haben die Irredentisten vier ihrer Candidaten durchgesetzt. Dabei ist es gleichfalls zu ärgerlichen Auftritten und wüthem Geschrei gekommen. Es wurde sogar gerufen: „Abbasso il governo piemontese"! (Herunter mit der piemontesischen Regierung!). Das ist freilich weniger verwunderlich, weil Mailand von jeher eine radicale Stadt war, wo die Volksmassen den unsinnigsten politischen Extremen huldigten, die auch seiner Zeit der österreichischen Regierung viel zu schaffen gemacht haben. Ueberdies sind die Mailänder und Lombarden keine Freunde ihrer piemontesischen Nachbarn, die von jenen für ein beschränktes, einfältiges Volk gehalten werden. Der Mailänder Localpatriotismus blüht sich geradezu in komischer Weise auf. Wenn man ihm glauben wollte, so hätte Piemont niemals die nationale und staatliche Einheit Italiens zu Stande gebracht, wenn die Mailänder nicht da gewesen wären. Auch hält der echte Milanese seine Stadt für die erste Italiens und vielleicht der Welt; ja wäre es nach seinem Sinne gegangen, so würde Mailand, aber nicht „Roma la sporca" (das schmutzige Rom) die Hauptstadt Italiens sein.

Auch in Süditalien, zumal auf Sicilien, wo noch immer der Garibaldicultus in Blüthe steht, scheinen in einzelnen Wahlbezirken die Radicalen das Feld behauptet zu haben. Es fehlen von dort noch nähere Nachrichten. Andererseits läßt sich aber schon gegenwärtig sicher feststellen, warum gerade dort das Wahlterrain für die Schreibkünste der Irredenta günstiger als anderswo gewesen ist. Auf Sicilien, wo nämlich unter zehn Landbewohnern höchstens einer nothdürftig lesen und schreiben kann, ist durch die Unwissenheit der Bevölkerung der Boden für die Radicalen ein überaus günstiger. Dort kommt es nur darauf an, wer dem einfältigen Volke mit stärkerer Stimme und dem dazu gehörigen Geberdenspiel des Entzückens, des Abscheus oder der Wuth die auch anderwärts bekannten und beliebten Schlagwörter: „armes Volk", „Volkselend", „unerhörter Steuerdruck", „Freiheit und Volkswohl", „gewissenlose Regierung" u. dgl. in die Ohren schreien kann. Je donnernder die Stentorstimme des Redners, je höher der Brustton der Ueberzeugung, je mehr er mit den Händen herumzufuchteln und das unsinnigste Zeug zu reden vermag, desto besser für ihn, weil alsdann seine Wahl in jenen von der Cultur noch unbeleckten Gegenden Siciliens fast sicher in Aussicht steht.

Aber allen diesen localpolitischen Extravaganzen wird, wie bereits bemerkt, der große Wahlsieg der ministeriellen Partei jedenfalls einen heilsamen Dämpfer aufsetzen. Dieser Wahlerfolg des gegenwärtigen Cabinets kann auch gleichzeitig, mindestens vorläufig, als Bürgschaft dafür betrachtet werden, daß das neue italienische Parlament sich allen Ernstes seinen inneren Arbeiten zuwenden wird, anstatt, wie es die Radicalen in ihrer Verblendung anstreben, sich mit großen auswärtigen politischen Fragen oder wohl gar mit neuen Annexionsgedanken zu beschäftigen; verschrobene Absichten und Pläne, deren Verfolgung das im Inneren ohnedies wenig geordnete Land nur einer verhängnißvollen Katastrophe zutreiben könnte.

Die inneren Arbeiten und Fragen, welche an das neue Parlament herantreten, sind so zahlreich, so wichtig und so dringender Natur, daß ihre baldige Lösung der vernünftige Theil der Bevölkerung Italiens, deren weitaus überwiegende Mehrzahl gerade durch die Wahlen festgestellt wurde, nur ernstlich wünschen kann. Zumal sind es die finanziellen und volkswirthschaftlichen Verhältnisse Italiens, welche in erster Linie die Beachtung des neuen Parlaments in hohem Grade verdienen. Während im Hinblick auf die zerrütteten Staatsfinanzen auf eine weise Sparsamkeit Rücksicht genommen werden soll, wird das Parlament auch zu erwägen haben, wie und wodurch man dem Volke in dem von der Natur so reich gesegneten Lande neue Einnahmequellen erschließen könne, welche beizutragen könnten, den Volkswohlstand und mit diesem die Steuerkraft zu Gunsten der weitklaffenden Deficitrubriken des Staates zu erhöhen. Das Capitel der Volksbildung bedarf in Italien, namentlich im südlichen Theile, seitens der Regierung noch einer sehr thätigen Nachhilfe, welche im Interesse des Staates nur die besten Früchte tragen kann.

Aus diesen hier berührten Fragen ersieht man schon, daß, abgesehen von allem Nebensächlichen, das neue italienische Parlament seine Aufmerksamkeit vor Allem der inneren Lage des Landes zuwenden muß. Wird es dieser Aufgabe sich bewußt, so kann es nicht fehlen, daß es auf dem Wege der Reformen den Dank und die Anerkennung des Staates und seiner Bevölkerung verdienen wird. Italien muß arbeiten lernen, und zwar in materieller wie in rein geistiger Beziehung, wenn es finanz- und wehrkräftig die Rolle einer wirklichen Großmacht übernehmen will.

Leipzig, 8. November 1882.

Je näher die Eröffnung des preußischen Landtags rückt, um so schwerer verständlich werden die officiösen Auslassungen über die Stellung der Regierung zu den politischen Parteien und um so unklarer die durch die neuen Wahlen geschaffene Situation. Die „Nordd. Allgem. Ztg." belehrt uns heute, das Ideal des Liberalismus sei eine Regierung, welche ihre Aufgabe darin findet, als listiger Makler von Fraction zu Fraction herumzuziehen, um ein Geschäft zu Stande zu bringen; dieses Ideal des Liberalismus stehe aber im schroffsten Gegensatze zu der Auffassung aller derjenigen, welchen die Erhaltung des preußischen Staatswesens am Herzen liegt. Dieser letzteren Auffassung entspreche einzig und allein eine Regierung, welche sich um ihre eigene Axe dreht. Die Regierung müsse und werde abwarten, daß ihr Unterstützung entgegengebracht wird, und selbst wenn dies geschehe, dürfe sie nie aus dem Auge verlieren, daß sie verbunden ist, die Rechte der Krone gegen Majoritätsvergewaltigungen zu vertreten. Recht dunkel ist dieser Rede Sinn. Es ist Zeit, daß man aus diesen nebelhaften verwirrenden Erörterungen herauskomme und positiven Boden unter den Füßen gewinne. Wenn concrete gesetzgeberische Fragen vorliegen, wird es sich zeigen, bei welchen Parteien die Regierung Unterstützung sucht und findet. Einstweilen können wir diesen publicistischen Erörterungen über parlamentarische Mehrheiten und dergleichen gar keinen praktischen Nutzen zuerkennen. Wo in dem neuen Abgeordnetenhaus, dem conservativsten seit Menschengedenken, Rechte der Krone gegen Majoritätsvergewaltigungen zu vertheidigen wären, vermögen wir am wenigsten einzusehen. Die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses läßt befürchten, daß die Neigung zu ganz anderen Bestrebungen als zu Angriffen gegen die Rechte der Krone, auftauchen könnte.

Da im Abgeordnetenhause der Voraussicht nach das letzte Präsidium wieder in function tritt, so dürfte auch die Angelegenheit wegen Herstellung eines zureichenden Dienstgebäudes für die Abgeordneten schneller gefördert werden. Es hieß zwar, daß die Regierung selbst die Initiative ergreifen würde, sollte dies jedoch nicht geschehen, so würde zweifellos der Antrag aus der letzten Session wiederholt werden.

Die Mittel, die im nächsten Heeresbudget für die Befestigung Wismars durch Panzerthürme gefordert werden, dürften nach Andeutungen aus Marinekreisen nur die Vorläufer weiterer Forderungen sein, welche eine bessere Deckung des Kieler Kriegshafens durch befestigte Flankenstellungen zum Endzweck haben. Von Fachmännern wird nämlich schon seit Langem dafür plaidirt, das westliche Becken der Ostsee, an dessen nach innen gezogenem Puncte Kiel belegen ist, einer feindlichen Flotte so gut wie unnahbar dadurch zu machen, daß die Insel Alsen im Norden, Wismar im Süden und Kiel im Westen gewissermaßen als drei Forts einer gewaltigen Seefestung einander gegenseitig schützen. Es würde hiernach darauf ankommen, außer Wismar noch den Sonderburger Hafen derart zu befestigen, daß er als Basis einer Flottenoperation dienen könnte. Ob der Plan als ein Ganzes schon gebilligt ist und ob die Etats der nächsten Jahre schon auf denselben Rücksicht nehmen werden, entzieht sich natürlich der genaueren Kenntniß. Man möchte diese Frage indessen zu bejahen geneigt sein, nachdem soeben die Mittel für die Armirung Wismars gefordert werden. Für jetzt ganz in den Hintergrund getreten ist offenbar die Unterstützung des Nordostsee-Canalprojects durch das Reich, eine Sachlage, die nur aufrichtig bedauert werden kann.

Aus Hannover kommt die ebenso überraschende wie bedauerliche telegraphische Meldung, daß dort der Schatzrath Hugenberg, der zweite Beamte des hannoverschen Landesdirectoriums, am Blutsturz gestorben ist. Noch vor Kurzem war er als der Candidat des Magistrats für die Stadtdirector-Wahl vielfach genannt worden. Auf Hugenberg, der nur wenig über vierzig Jahre alt geworden, hatten seine Freunde für die Zukunft noch bedeutende Hoffnungen gesetzt. Er hatte die Rechte studirt und war 1868 Bürgermeister von Uelzen und Mitglied des Abgeordnetenhauses, als der hannoversche Provinzial-Landtag ihn bei der Begründung der dortigen provinziellen Selbstverwaltung zum Mitgliede des Landes-Directoriums wählte; in dieser Stellung hat er sich als ein ungewöhnlich tüchtiger Verwaltungsbeamter bewährt. Ein vielseitig begabter Mann und ein ebenso fester wie maßvoller liberaler Politiker — er gehörte, ohne agitatorisch hervorzutreten, zu den Führern der hannoverschen Nationalliberalen — wurde ihm für die Zukunft eine parlamentarisch hervorragende Rolle von seinen Freunden zugetraut. Bisher hatte die parlamentarische Thätigkeit seines Chefs v. Bennigsen, welche dessen Vertreter zum beständigen Aufenthalt in Hannover nöthigte, Hugenberg an der politischen Bewährung auf einem größeren Felde verhindert. Die Hoffnungen auf eine solche sind nun durch den Tod höchst unerwartet abgeschnitten worden.

Das Gerücht von der Abberufung des deutschen Botschafters General v. Schweinitz und des deutschen Militairbevollmächtigten General v. Werder in Petersburg ist völlig unbegründet. Angebliche Differenzen zwischen den Genannten sind nichts als müßige Erfindung.

Die Nachricht, daß Deutschland Schritte bei der Schweiz zur Unterstützung französischer Bestrebungen wegen der socialistisch-anarchistischen Umtriebe gethan habe, wird als durchaus aus der Luft gegriffen bezeichnet.

* * *

Aus Krain liegt uns heute abermals ein slavischer Vergewaltigungsact gegen die dortigen Deutschen vor. Der Rath der Stadt Rudolfswerth, deren Bewohner fast zur Hälfte aus Deutschen bestehen, hat nach dem Beispiele des Laibacher Gemeinderathes gleichfalls den Beschluß gefaßt, als ausschließliche Amtssprache, die bisher die deutsche gewesen, das Slovenische einzuführen. Die slavischen Bewohner Rudolfswerths feierten diesen ihren nationalen Sieg durch die Beleuchtung ihrer Häuser. — Gleichzeitig wird aus Laibach gemeldet: Der nun völlig slavische Stadtrath hat in einer geheimen Sitzung beschlossen, mit „allen gesetzlich erlaubten Agitationsmitteln" den „landesfeindlichen Umtrieben" des Wiener deutschen Schulvereins in Krain entgegen zu wirken. An sämmtliche nationale Gemeindebehörden Krains soll ein Rundschreiben erlassen werden, das den Gemeinden einschärft, in ihren Amtsbezirken die Errichtung deutscher Schulen zu verhindern.

Wie aus Pest gemeldet wird, beabsichtigen die südslavischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrathe und ungarischen Reichstage gegen die Darstellungen, welche jüngst Herr v. Kallay bezüglich der Stimmung und Verhältnisse in Bosnien in den Delegationen gegeben, eine Protestschrift erscheinen zu lassen, welche, auf Actenstücke gestützt, den Nachweis führen soll, daß die Angaben v. Kallay's völlig unrichtig und nur tendenziös berechnet gewesen, zu Gunsten der österreichischen Orientpolitik Stimmung zu machen.

Nach einer Meldung aus Cattaro soll demnächst in Cetinje eine politische Zeitschrift in serbischer Sprache erscheinen, welche für die nationale Zusammengehörigkeit Bosniens mit Montenegro eintreten will. Würde diese Nachricht sich bestätigen, so könnte die neue Zeitschrift in Cetinje nur in der dortigen montenegrinischen Staatsbuchdruckerei gedruckt werden, welche bisher die einzige Druckerei in Montenegro ist.

Aus Belgrad wird über den Stand der Untersuchung gegen die Attentäterin Helene Markowitsch geschrieben: „Es sind bisher von der Untersuchungs-Commission 116 Zeugen vernommen worden, von denen mehrere Aussagen gemacht, die jedenfalls vermuthen lassen, daß die That der Helene Markowitsch nicht ausschließlich mit einem persönlichen Racheact in Verbindung steht. So ist unter Anderm festgestellt, daß die Thäterin in der ersten Hälfte des September sich zwei Wochen in Kragujewatz aufgehalten, wo sie bei dem Kaufmann und Gutsbesitzer Michael Terbuchowitsch abgestiegen war, der im ganzen Lande als ein sehr einflußreicher Anhänger der großserbischen Partei und des Geheimbundes „Omladina" bekannt ist, für deren Bestrebungen er schon bedeutende Geldopfer gebracht hat. Während der Anwesenheit Helene Markowitsch' in seinem Hause fanden sich dort auch andere Parteimitglieder ein. Gelegentlich eines Abendessens, bei dem der Wein in Strömen floß, wollen zwei Zeugen, die damals im Hause Terbuchowitsch' als Diener beschäftigt gewesen, gehört haben, daß der Hausherr den Ausruf gethan: „Wenn die serbische Nation leben soll, muß dieser Kartenkönig (Milan) sterben!" — Darauf habe Helene Markowitsch ein volles Glas ergriffen und ausgerufen: „Auf seinen Tod, Brüder! Ich werde ihn tödten!" Sämmtliche Gäste wiederholten: „Auf seinen Tod!" und ließen die Gläser klingen. — Wie es nun auch mit der Richtigkeit dieser Angabe stehen mag, Thatsache ist jedenfalls, daß Terbuchowitsch und fünf seiner politischen Freunde unmittelbar nach dem fehlgeschlagenen Attentate flüchtig geworden und die serbische Regierung noch heute nicht zu erfahren vermochte, wo die Flüchtlinge sich befinden. Unter den großserbischen Parteianhängern Belgrads wird aber ganz laut erzählt, Terbuchowitsch und seine Freunde befänden sich ganz sicher in — Rußland."

Sicheren Privatnachrichten zufolge ist man in den baltischen Provinzen nihilistischen Umtrieben auf die Spur gekommen. Gegen Ende der vorigen Woche hielt das Wenden'sche Ordnungsgericht in den Kirchspielen Seßwegen und Laskohn im lettischen Livland („Lettland" wird dieser Theil Livlands genannt. D. Red.) in einer Nacht in verschiedenen Orten zugleich Haussuchungen und verhaftete dabei sechszehn Personen, die in directer Verbindung mit den russischen Nihilisten gestanden haben, genau auf dieselbe Weise operirten, mit Formularen für falsche Pässe versehen waren und revolutionäre Schriften hatten. Dieselben sind zumeist Schullehrer sowohl griechischer wie lutherischer Confession, ein Gemeindeschreiber, verschiedene fremde verdächtige Personen und ein Petersburger Student, Namens Becker. Das vorläufige Verhör soll Anhaltspuncte für die Ergreifung des Mörders des Barons Meyendorff gegeben haben.

Welche sonderbare Stellung die russische Regierung gegenüber den von dem aufgehetzten Landvolke bedrohten deutschen Classen in den Ostseeprovinzen gegenwärtig einnimmt, erhellt leider nur zu klar aus der folgenden Nachricht, die der „K. Z." von verläßlicher Seite zugeht: „In Kurland ist der Boden am gefährlichsten unterwühlt in der Hauptmannschaft Tolsen. Den ganzen Sommer hindurch hörten die Brände in Wäldern und Gebäuden nicht auf, noch die Versammlungen der Bauern, in denen sie aufgefordert wurden, die Deutschen nun endlich zu verjagen und das von ihnen widerrechtlich vor 700 Jahren den Letten abgenommene Land zurückzuerobern. Endlich war die Gährung so weit gediehen, daß der Vice-Gouverneur der Provinz auf einem der bedrohten Rittergüter erschien, um sich von der Lage zu überzeugen. Das konnte er denn auch ausgiebig, denn wie er eben auf dem Herrenhofe anlangte, schlug die Flamme an einem der Wirthschaftsgebäude heraus. Man hatte wie zur Verhöhnung des hohen Staatsbeamten vor seinen Augen den rothen Hahn aufs Dach gesetzt und der Beamte mußte abziehen, ohne des Thäters habhaft zu werden. Da es also in der bekannten Weise weiter ging, so machte sich der Kreismarschall nach Mitau auf. Das ist der Vertreter des platten Landes, der für den Kreis gewählt wird vom Landtage und eine ähnliche Stellung einnimmt, wie ehemals der preußische Landrath. Derselbe, sagen wir Herr von N., begab sich zum Gouverneur von Kurland, schilderte ihm die Lage, erklärte ihm, daß kein Gutsbesitzer mehr seines Lebens sicher sei, von der Sicherheit des Eigenthums nicht zu reden, und forderte militairischen Schutz. Der Gouverneur aber erklärte ihm, er werde und dürfe ihm keinen solchen versprechen. N. stellt ihm vor, wie die Gutsbesitzer in jener Hauptmannschaft vollkommen wehrlos der aufrührerischen Gewalt gegenüberständen, da die örtliche Polizei bekanntlich keinerlei Mittel besitze, um den Angegriffenen zu schützen; die Regierung müsse doch irgend etwas thun, um eine ganze Classe der Bevölkerung gegen Mord zu vertheidigen. Der Gouverneur erklärte darauf, die Regierung werde nichts derartiges thun, sondern die Gutsbesitzer ihrem Schicksal überlassen, jedenfalls könne er keinen militairischen Schutz gewähren. Darauf fragt N., ob das des Gouverneurs letztes Wort sei, und als Dieser es bejaht, erklärt er, daß in diesem Falle er, der Kreismarschall, sich ausreichend bewaffnen und zuverlässige Leute seiner Dienerschaft ebenfalls bewaffnen werde, und daß bei etwa auftauchender Gefahr er von den Waffen sofort Gebrauch machen werde. Dasselbe würden wohl die übrigen deutschen Gutsbesitzer in jener Gegend thun. Der Gouverneur nahm die Erklärung an und N. kaufte sich Waffen und Munition und reiste nach Hause. Es wird also unter den Augen der Regierung das herrlichste Faustrecht wieder eingeführt, eine ganze Classe der Bevölkerung wird vogelfrei erklärt und damit gezwungen, mit dem Revolver in der Hand Leben und Eigenthum zu schützen. Man muß gespannt sein, zu erfahren, was die Regierung thun wird, wenn dieser Kreismarschall oder andere bedrohte Bewohner der Provinzen nun wirklich einige Bauern niedergeschossen haben werden. Wird die Regierung wagen, die Leute als Verbrecher zur Verantwortung zu ziehen, nachdem sie selbst ihnen den staatlichen Schutz rundweg verweigert hat? Auch das wäre freilich möglich; aber derselbe heißt das den offenen Bürgerkrieg gestissentlich entfachen, und die Gutsherren werden den einzigen Weg gehen, den man ihnen offen läßt." — Soweit die „Köln. Ztg."; im Uebrigen verweisen wir auf den Artikel „Die Feinde der Deutschen."

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat die russische Regierung erst neuerdings wieder die französische Regierung auf die Umtriebe der russischen Nihilisten in Frankreich aufmerksam gemacht und dabei betont, wie nothwendig die scharfe Ueberwachung oder die Ausweisung der Nihilisten ist.

Die französische Regierung läßt mit philosophischer Gleichmuth die Dinge an sich herankommen. Ein mit den leitenden Kreisen der Hauptstadt enge Fühlung unterhaltendes Blatt, der „National", meint, Herr Duclerc werde in sein Programm, daß die gouvernementale Action bei der binnen Kurzem stattfindenden Eröffnung der parlamentarischen Saison einzuleiten bestimmt ist, nur solche Puncte aufnehmen, bezüglich deren alle Republikaner einig seien. Angesichts der gerade jetzt herrschenden totalen Zerfahrenheit des Republikanismus heißt das soviel, als daß die Regierung jedes positiven Programms baar ist, und Anweisungen von der Kammer erwartet, statt solche auszugeben. Die legitimistischen wie die communistischen Heißsporne werden den Wink verstehen und nicht versäumen, das Staatsinteresse zum Spielball egoistischer Fractionsintriguen zu machen. Der das Ministerium Duclerc charakterisirende Mangel an Initiative trägt nicht zur Klärung der über die französischen Zustände herrschenden Verworrenheit bei, und wenn auch momentan